Die Schwächen des Mehrheitsprinzips

Erich Visotschnig
unter Mitarbeit von Ulrike Baumann, Dominik Berger, Erich Hafner und Siegfried Schrotta

Der Wunsch ist der Vater des Konflikts

2. Auflage: April 2018

INSTITUT FÜR SYSTEMISCHES KONSENSIEREN ISYKONSENS International
Rafensedergasse 7, A-8043 Graz
www.sk-prinzip.eu www.konsensieren.eu

Vorweg:

Bevor wir in den eigentlichen Inhalt dieses Buches einsteigen, möchte ich meiner Dankbarkeit Ausdruck geben, in einer Demokratie leben zu können. Da das Mehrheitsprinzip untrennbar mit der Entwicklung der Demokratie verbunden ist, gilt diese Dankbarkeit und Wertschätzung auch dem Mehrheitsprinzip. Ich erwähne dies deshalb, weil ich in der folgenden Analyse gravierende Schwächen des Mehrheitsprinzips aufzeigen werde. Im Bewusstsein dieser Schwächen bleibt meine Wertschätzung für die historischen Verdienste des Mehrheitsprinzips jedoch aufrecht.

Wenn man die folgende Kritik des Mehrheitsprinzips liest und die erschreckenden Mängel erkennt, die diesem Prinzip anhaften, kann man kaum glauben, dass eine Gesellschaftsform, die auf dieser Grundlage beruht, so lange überleben konnte. Ich kann mir als Erklärung dafür nur vorstellen, dass es intuitiv offensichtlich zu sein scheint, dass es nichts Besseres geben kann, als den Willen der Mehrheit zu erfüllen. Zumindest wenn man davon ausgeht, dass alle Beteiligten dasselbe Gewicht besitzen. Wahrscheinlich ist erst durch die Entwicklung des Systemischen Konsensprinzips der Boden dafür aufbereitet worden, von dem her man die Mängel erkennen kann, die in dieser Broschüre aufgezeigt werden.

Inhalt:

Für Befürworter einer geschlechtsneutralen Sprache und in eigener Sache 4

Die Schwächen des Mehrheitsprinzips

1. Das Mehrheitsprinzip verträgt keine Vielfalt 7
Das Mehrheitsprinzip versagt in banalen Fällen 9
Das Mehrheitsprinzip wird der Realität nicht gerecht 11
Das Mehrheitsprinzip drückt nicht den Wunsch der Mehrheit aus 11
Das Mehrheitsprinzip verhindert befriedigende Basisdemokratie 12
Das Mehrheitsprinzip täuscht Wähler und Gewählte 13
Das Mehrheitsprinzip ist ein logisch sinnloses Verfahren 14
Die Mehrheitsabstimmung ist ohne Aussagekraft über die Gruppenstimmung 15
2. Das Mehrheitsprinzip fördert den Konflikt 18
Das Mehrheitsprinzip erzeugt ein verzerrtes Bild der Wirklichkeit 19
Das Mehrheitsprinzip erzeugt Sieger und Besiegte 21
Das Mehrheitsprinzip ist ein Machtinstrument: gefährlich und wider jede Nachhaltigkeit. Es leistet keinen Beitrag zur Lösungssuche. 21
3. Das Mehrheitsprinzip produziert die „erstbeste Lösung“ 23
Das Mehrheitsprinzip verhindert eine streitfreie Diskussionskultur 24
Das Mehrheitsprinzip hilft nicht bei der Lösungssuche 25
4. Das Mehrheitsprinzip verletzt bekannte wissenschaftliche Kriterien 26
5. Die Lehren der Ökologie 28

Einschub – gehört nicht zum Thema

Für Befürworter einer geschlechtsneutralen Sprache und in eigener Sache)

Ursprünglich habe ich mich redlich bemüht, meine Vorträge und Bücher zu »gendern«. Aber die vielen Binnen-Is und Schrägstriche waren in meinen Augen Frevel an der Ästhetik der deutschen Sprache. Und es war ein Spießrutenlauf. Denn, um ehrlich zu sein, ich denke nicht in Schrägstrichen.

Ich mag keine Frevel und Spießrutenläufe. Also war der zweite Versuch ein Vorwort mit dem üblichen Blabla: ich würde in Fällen, die für beide Geschlechter zutreffen, stets die männliche Form verwenden und bitte die Frauen, sich damit auch angesprochen zu fühlen.

Das hat mir nicht gefallen.

Es hat mir nicht gefallen, weil ich Systemanalytiker bin. Daher weiß ich, dass Systembedingungen das Verhalten, Denken und Fühlen der Menschen formen. Also formt auch die Sprache (sie ist ein Teil des Systems, in dem wir leben) unser Verhalten, Denken und Fühlen. Darum ein theoretischer Selbstversuch: Was ist, wenn ich stets die weibliche Form verwende? Auch das hat mir nicht gefallen. Mich als Mann gemeint zu fühlen, wenn ich zum Beispiel »die Bürgerin« schreibe, hat mir irgendwie Unbehagen bereitet. Außerdem halte ich es für keine kluge Lösung, ein Problem dadurch zu lösen, dass man genau dasselbe Problem an eine andere Stelle verschiebt (vielleicht gibt es Ausnahmefälle, aber im Allgemeinen … wie gesagt).

Dann kam der dritte Versuch: ganz traditionell, nur in männlicher Form – Augen zu und durch. Aber damit war ich auch nicht zufrieden. Wie gesagt, als Systemanalytiker weiß ich, dass Systembedingungen das Verhalten der Menschen formen und ich möchte mich nicht zum Mittäter in einem System machen lassen, welches Frauen benachteiligt.

Daher schlage ich eine andere Gedankenstruktur vor. Nehmen wir den Wörtern und Artikeln ihr Geschlecht und reduzieren sie auf das, was sie sind: einfach Wörter. Streichen wir das »Geschlecht« als grammatische Kategorie. »Geschlecht« ist eine biologische Eigenschaft der Wesen, die durch die Wörter bezeichnet werden. Nur Wesen haben biologische Eigenschaften – nicht Wörter.

Dann haben wir geschlechtslose Artikel: »der«, »die« und »das«. Und wir haben drei geschlechtslose Kategorien von Hauptwörtern: »der-Wörter«, »die-Wörter« und »das-Wörter«. Zum Beispiel ist »Gabel« ein (geschlechtsloses) »die-Wort«, »Löffel« ist ein (geschlechtsloses) »der-Wort«. Und »Mädchen« ist ein geschlechtsloses »das-Wort«. Niemand kommt deswegen auf die Idee, ein Mädchen wäre nicht weiblich. Der Artikel sagt nichts über das biologische Geschlecht des beschriebenen Wesens aus. Niemand glaubt, *die* Gabel und *der* Löffel könnten gemeinsam Nachkommen (*das* Messer?) zeugen. Wir wissen: Finken sind nicht alle männlich, Meisen nicht alle weiblich und Rotkehlchen nicht alle geschlechtslos. Die Natur beweist uns (zum Glück) das Gegenteil. *Das* Weib ist sicher nicht sächlich, *die* Mannschaft nicht (immer)

weiblich. Wenn *der* Boden wirklich männlich wäre, hätte ich ein großes Problem damit, dass man darauf herumtrampelt. Und auch als Mann sträuben sich mir die Haare beim Gedanken, dass *die* Katastrophe ernsthaft als weiblich eingestuft wird. Die Liste der aufgezählten Beispiele könnte man beinahe endlos verlängern, wenn man an die vielen nicht-biologischen Wörter denkt, denen durch diesen Missbrauch der biologischen Kategorien ein Geschlecht zugewiesen ist. Sogar *die* Sache, obwohl namensgebend für die sächliche Kategorie, ist „weiblich".

Aufgrund dieser Denkweise ist »Bürger« in der Einzahl ein geschlechtsloses »der-Wort«, in der Mehrzahl ein geschlechtsloses »die-Wort«. Sämtliche Mehrzahlformen sind geschlechtslose »die-Wörter«. Bis hierher scheint mir die Symmetrie der Sprache gut gewahrt. Da sämtliche Mehrzahlformen »die-Wörter« sind, würden die seltenen Ausnahmen (»Person« ist zum Beispiel sowohl in der Einzahl als auch in der Mehrzahl ein geschlechtsloses »die-Wort«; auch das oben zitierte »Mädchen« zählt zu den Ausnahmen) einen leichten Überhang der »die-Wörter« ergeben. Aber diese Ausnahmen sind so selten, dass ich nicht glaube, dass daraus ein Problem werden könnte.

Ich habe somit alle »Bürger« »entmannt« und sie durch ein geschlechtsloses Wort bezeichnet. Das kann auf Dauer natürlich nicht gut gehen. Wir brauchen sowohl weibliche als auch männliche Bürger (was für eine wohltuende, einfache Schreibweise nun möglich ist!). Also gibt es für Frauen nach wie vor »die Bürgerin« und »die Bürgerinnen«. Um Männer nicht zu benachteiligen, schlage ich vor, die deutsche Sprache zu ergänzen. In Analogie zur weiblichen Form (und zu anderen Sprachen) schlage ich also vor, den männlichen Bürger mit »Bürgeron« und die Mehrzahl männlicher Bürger mit »Bürgerone« zu bezeichnen. Es gibt den »Doktoron« (das ist stets ein Mann), die »Doktorin« (das ist stets eine Frau), die »Doktorinnen« (das sind nur Frauen), die »Doktorone« (das sind nur Männer), ferner den geschlechtslosen »Doktor« (das ist ein Mann oder eine Frau) sowie die geschlechtslosen »Doktoren« (das sind Männer und Frauen). Sogar die Abkürzungen könnten symmetrisch sein: Dr.^{in} und Dr.^{on}.

Es wird etwas Zeit brauchen, bis man sich an die neue Gedankenstruktur gewöhnt hat. Aber irgendwann (ich hoffe bald; vielleicht können auch Germanisten und Normungsausschüsse dazu etwas beitragen) könnte es wirklich Allgemeingut sein, dass Männer wirklich nur dann gemeint sind, wenn hinten ein »on« oder »one« hängt. Frauen könnten sich dann (so hoffe ich) von »der Bürger« ohne inneres Unbehagen genauso angesprochen fühlen, wie heute Männer von »die Person«[1]. Eine klare Begriffsdefinition, die von den Betroffenen übernommen wird, würde genügen, um ein gesellschaftliches Problem aus der Welt zu schaffen. Ich würde mir wünschen, dass es öfter so einfach wäre …

Die hier entwickelten Gedanken sind im Rahmen einer einer Konsensierung entstanden. An dieser haben auch viele Frauen – sie waren sogar leicht in der Mehrzahl; darunter auch aktive Feministinnen – teilgenommen. Wir haben uns schrittweise an die hier dargestellte Lösung herangetastet: mit anfangs großen Widerständen gegen die Vorschläge, die ständig verbessert wurden und so den Weg zum gegenwärtigen Vorschlag gewiesen haben. Er hat bei allen meinen bisherigen Probeleserinnen und

[1] So wie Hauptwörter sind natürlich auch alle Fürwörter geschlechtslos und in dieselben Kategorien wie Hauptwörter einzuordnen. Nicht einmal »er«, »sie« und »es« haben ein Geschlecht, sondern »er« ist ein »der-Wort«, »sie« ist ein »die-Wort« und »es« ist ein »das-Wort«. Aber auch das sind wir gewohnt, denn ich kann grammatikalisch korrekt sagen: »Eine Person ist gerade hereingekommen. *Es* war ein Mann«. Oder: »Eine Person ist gerade hereingekommen. *Sie* war männlich.«

Probeleseronen[2] – einschließlich der erwähnten aktiven Feministinnen – bisher große Akzeptanz gefunden.

Sollten Sie den neuen Schreibstil übernehmen, dann achten Sie bitte darauf, wann Sie die neuen Endungen benötigen. Sie werden sehen: äußerst selten. Sie werden sich beinahe anstrengen müssen, um eine passende Gelegenheit zu finden. Und dann vergleichen Sie bitte den Aufwand, den wir derzeit treiben müssen, um geschlechtsneutral zu schreiben …

Und noch etwas: In jüngster Zeit melden sich zunehmend Menschen zu Wort, die sich keinem Geschlecht zugehörig fühlen. Auch sie sollten sich in unserer Sprache wiederfinden können. In der hier geschilderten Systematik wäre dies ohne weiteres möglich. Man könnte für sie die Endung »an« vorsehen. Wenn das Anklang findet, hätten wir den Bürgeron, den Bürgeran und die Bürgerin. Vielleicht fühlen sich Bürgerane dann unter uns wohler.

[2] Ich schlage folgende Deklination der Endung in den vier Fällen vor: -one, -one, -onen, -one.

Die Schwächen des Mehrheitsprinzips

1. Das Mehrheitsprinzip verträgt keine Vielfalt

Ein Beispiel: Ein Turnverein will einen Wochentag für eine neue Übungseinheit festlegen. Die Turner wollen entscheiden, an welchem Tag die Einheit stattfinden soll. Man stimmt ab (Abb. 1):

Tag	Befürworter
Montag	33 %
Dienstag	16 %
Mittwoch	11 %
Donnerstag	18 %
Freitag	22 %

Abb. 1

Die relative Mehrheit der Montag-Anhänger (33 %) fühlt sich als Sieger und möchte die Einheit für Montag festlegen lassen.

Wir möchten das Abstimmungsergebnis jedoch genau analysieren und nehmen daher an, wir haben von allen Abstimmenden Präferenzlisten bekommen. Darin hat jede Person die fünf möglichen Wochentage ihrer Präferenz nach gereiht. Eine Person, die also etwa den Freitag als liebsten hat, danach den Mittwoch, noch etwas weniger gern den Dienstag, den Donnerstag nur mehr mit innerem Widerstreben akzeptieren könnte und schließlich am Montag gar nicht proben mag, hätte folgende Präferenzliste abgeben: Freitag, Mittwoch, Dienstag, Donnerstag, Montag.

Personen	33%	22%	18%	16%	8%	3%
Priorität 1	Montag	Freitag	Donners-tag	Dienstag	Mittwoch	Mittwoch
Priorität 2	Dienstag	Mittwoch	Freitag	Donners-tag	Freitag	Donners-tag
Priorität 3	Mittwoch	Dienstag	Mittwoch	Mittwoch	Dienstag	Dienstag
Priorität 4	Donners-tag	Donners-tag	Dienstag	Freitag	Donners-tag	Montag
Priorität 5	Freitag	Montag	Montag	Montag	Montag	Freitag

Dies ist die Häufigkeit der sechs Präferenzlisten im Turnverein

Abb. 2

In unserem Beispiel nehmen wir an, dass es nur sechs unterschiedliche Reihenfolgen sind, die im Verein wirklich Anklang finden. Wir haben sie in der Grafik (Abb. 2) zusammengefasst: Wenn man nun einfach nach dem Mehrheitsprinzip vorgeht, so ergibt sich das oben angegebene Abstimmungsergebnis.

Wir wollen jedoch einen zweiten Blick auf die Tabelle werfen. Wie wir sehen, ist in jeder Gruppe mit Ausnahme der Montag-Fans der Montag weit hinten gereiht. Es ist eine der Schwächen von reinen Präferenzlisten, dass man aus ihnen nicht entnehmen kann, wo die Ablehnung der einzelnen Alternativen beginnt. Wir tragen daher in der folgenden Tabelle (Abb. 3) auch die

Ablehnung der einzelnen Gruppen ein: Wie man sieht, lehnen mit Ausnahme der Montags-Gruppe sämtliche anderen Turner den Montag ab.

Personen	33%	22%	18%	16%	8%	3%
Priorität 1	Montag	Freitag	Donners-tag	Dienstag	Mittwoch	Mittwoch
Priorität 2	Dienstag	Mittwoch	Freitag	Donners-tag	Freitag	Donners-tag
Priorität 3	Mittwoch	Dienstag	Mittwoch	Mittwoch	Dienstag	Dienstag
Priorität 4	Donners-tag	Donners-tag	Dienstag	Freitag	Donners-tag	Montag
Priorität 5	Freitag	Montag	Montag	Montag	Montag	Freitag

Die grauschattierten Termine werden von den Turnern abgelehnt

Abb. 3

Bei genauerer Analyse erkennt man: Montag wird von 67 % der Turner abgelehnt, Dienstag von 3 %, Mittwoch und Donnerstag wird von niemandem abgelehnt, und schließlich Freitag von 36 %. Der Montag ist der am meisten abgelehnte Wochentag und ein Entscheid für ihn ist ein Entscheid wider die Mehrheit der Gruppe (sogar wider eine 2/3-Mehrheit). Es ist nicht nur ein undemokratischer Entscheid, er ist im geschilderten Fall auch völlig sinnwidrig, da am Montag voraussichtlich nur 33 % der Turner an der Einheit teilnehmen würden, während am Mittwoch oder Donnerstag alle am Übungsbetrieb anwesend sein könnten. Wir müssen schließen: *Das traditionelle Mehrheitsprinzip versagt, wenn mehr als zwei Alternativen zur Auswahl stehen.* Dann sind undemokratische und sinnwidrige Entscheidungen möglich.

Da wir hier von einem Turnverein sprechen, möchte ich noch eine Analogie aus dem Sport bemühen: Wie wir festgestellt haben, ist der Montag der am meisten abgelehnte Wochentag. Er würde jede einzelne Abstimmung zwischen ihm und einem anderen Wochentag verlieren. Dennoch gewinnt der Montag bei einer Mehrheitsabstimmung unter allen Wochentagen mit relative Mehrheit.

Wenn wir diese Einzelabstimmungen mit einer Fußballmeisterschaft vergleichen, heißt das, der Montag gewinnt kein einziges Spiel. Wenn man aber den Sieger der Meisterschaft durch Mehrheitsabstimmung mit relativer Mehrheit ermittelt, wird der Montag trotzdem Fußballmeister des Jahres.

Ein Verein, der kein einziges Spiel gewonnen hat wird Meister. Im Sport ist dies eine absurde Idee. Nur, solange wir vor allem politische Entscheidungen mithilfe des Mehrheitsprinzips fällen, müssen wir damit rechnen, dass derartige Absurditäten in der Politik wirksam werden.

Und wenn man sich nun zusätzlich überlegt, wie sehr die Politik die Lebensbedingungen aller Bürger im Staat prägt, dann kann es einem bei dem Gedanken, dass solche Absurditäten dabei wirksam sind, kalt über den Rücken laufen.

Das Mehrheitsprinzip versagt in banalen Fällen
Wer sinnwidrige oder undemokratische Entscheidungen bei Mehrheitsabstimmungen vermeiden will, darf also nur Ja-Nein- oder Entweder-Oder-Entscheidungen zulassen. Im österreichischen Volksbefragungsgesetz ist dies zum Beispiel ausdrücklich verlangt.

Dadurch kann man aber in eine Falle tappen. Ich erinnere mich an die Studentenproteste des Jahres 2009 in Graz. Die protestierenden Studenten waren nicht hierarchisch organisiert, alle Entscheidungen mussten in einem täglichen Plenum gemeinsam getroffen werden. Es ging darum, den Zeitpunkt für dieses Plenum festzulegen. Alle Zeiten vor 19:00 Uhr und nach 20:00 Uhr waren schnell vom Tisch. Vor 19:00 Uhr hatten die Studenten noch Vorlesungen, und bei einem Beginn nach 20:00 Uhr war mit einer Plenumsdauer bis spät in die Nacht zu rechnen: Auch das wurde abgelehnt.

Blieben 19:00 Uhr, 19:30 Uhr und 20:00 Uhr. Alle drei Beginnzeiten wurden einzeln zu Ja-Nein-Abstimmungen vorgelegt. Zur großen Überraschung der Anwesenden wurden sie alle mit vielen Stimmenthaltungen knapp abgelehnt.

Fassungslosigkeit.

Ein findiger Student schlug als Ausweg vor, über die Beginnzeiten nicht einzeln abstimmen zu lassen, sondern paarweise gegeneinander. Das erste Paar war 19:00 Uhr gegen 19:30 Uhr. Knappe Stimmenmehrheit für 19:30 Uhr. Dann kam das zweite Paar 19:30 Uhr gegen 20:00 Uhr. Knappe Stimmenmehrheit für 20:00 Uhr. 20:00 Uhr erschien als logischer Sieger. Die Pragmatiker unter den Studenten waren mit einem Entscheid durch logische Schlussfolgerung jedoch unzufrieden und forderten die Probe aufs Exempel, nämlich über das dritte Paar, 20:00 Uhr gegen 19:00 Uhr, auch abzustimmen. Das Resultat: knappe Stimmenmehrheit für 19:00 Uhr. Wir hatten drei unterschiedliche „Mehrheiten“: für 19:00 Uhr, für 19:30 Uhr und für 20:00

Wieder Fassungslosigkeit: Das traditionelle Mehrheitsprinzip hatte in diesem geradezu banalen Fall versagt.

Das überlieferte Mehrheitsprinzip zwingt zur Einfalt
Wir haben gesehen: Das überlieferte Mehrheitsprinzip verträgt keine Vielfalt. Wenn Vielfalt nicht möglich ist, bleibt Einfalt übrig. Ich gebe zu, die Überschrift hier ist (zu?) provokant formuliert. Aber ein Körnchen Wahrheit steckt gewiss darin.

Dies sind die Möglichkeiten bei einem Entscheid zwischen »Schwarz« und »Weiß«

Abb. 4

Betrachten wir dazu einen Entscheid zwischen »Schwarz« und »Weiß«: welche Möglichkeiten haben wir? Nun, natürlich »Schwarz« und »Weiß (Abb.4).

Vielleicht sind wir kompromissbereit. Dann haben wir noch die Möglichkeit eines eher uninteressanten »Grau«, welches je nach „Verhandlungsgeschick“ näher bei »Schwarz« oder bei »Weiß« zu liegen kommt (Abb. 5).

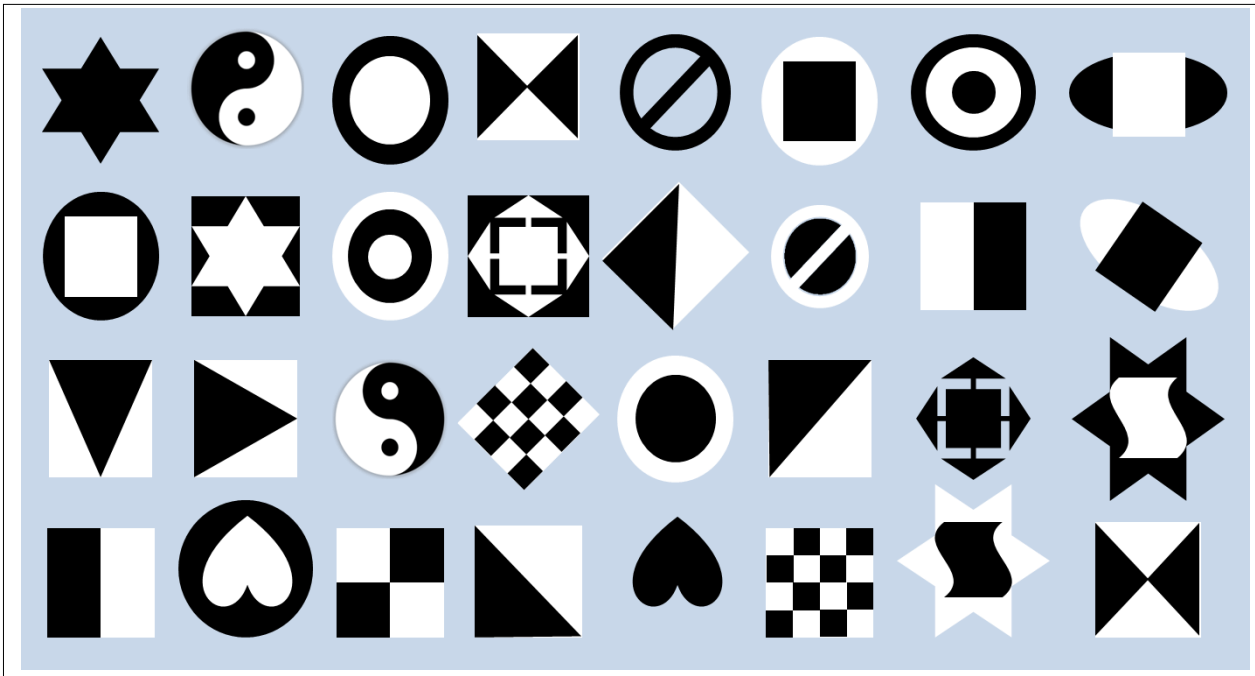
Wenn wir kompromissbereit sind, ist auch ein »Grau« möglich.

Abb. 5

Ganz anders sind die jedoch die Möglichkeiten, wenn wir in der Lage sind »Schwarz« *und* »Weiß« zuzulassen (Abb. 6).

Und viele weitere Alternativen sind noch vorhanden. Wenn wir „schwarz und weiß“ sagen, sind ja auch andere Farben nicht ausgeschlossen. Die Möglichkeiten, die sich dadurch bieten, sind beinahe unendlich. Erkennen Sie die kreative Kraft, die hinter dem »Und« steht?

Sollte eine Fülle von Alternativen wie in Abb. 6 zur Auswahl stehen, ist das Mehrheitsprinzip hoffnungslos überfordert. Das heißt, die entwickelte Vielfalt bereitet aus Sicht der notwendigen



Dies ist eine Auswahl der Möglichkeiten, wenn die Alternativen »Schwarz« UND »Weiß« heißen

Abb. 6

Ja-Nein-Entscheidung Probleme, sie stört. Warum sollte man sich also die Mühe machen, diese Vielfalt zu entwickeln? Man versteht Politiker, die ein Thema durch mühsam ausgehandelte Kompromisse zum Abschluss gebracht haben, wenn sie durch ihren Pressesprecher verkünden lassen, dass sie „ein Paket geschnürt haben“, welches sie nicht mehr „aufschnüren“ wollen.

Damit bestätigt der Pressesprecher aber inhaltlich genau die provokante Überschrift: „Die von uns verwendeten Entscheidungsmechanismen sind außerstande, weitere Vielfalt zu verkraften.“ „Weitere Vielfalt würde unsere gesamte bisherige Arbeit infrage stellen, vieles müsste neu verhandelt werden, wer weiß, ob dann ein Abschluss überhaupt noch möglich ist.“

Das Mehrheitsprinzip wird der Realität nicht gerecht

Die notwendige Einschränkung auf binäre Schwarz-Weiß-Entscheidungen (Abb. 7) hat weitere Konsequenzen. Denn die Realität ist vielfältig (Abb. 8). Und genauso vielfältig sind die Möglichkeiten um ein bestehendes Problem zu lösen. Wenn man sich nur deswegen auf

Das traditionelle Mehrheitsprinzip verlangt Schwarz-Weiß-Entscheidungen

Abb. 7

Schwarz-Weiß beschränkt, weil das zur Verfügung stehende Entscheidungsverfahren keine anderen Möglichkeiten erlaubt, obwohl in der Realität vielfältige andere Alternativen möglich wären, dann bleibt nur der Schluss: dieses Entscheidungsverfahren wird der Realität nicht

Dies ist das Spektrum der real vorhandenen Möglichkeiten

Abb. 8

gerecht.

Das Mehrheitsprinzip drückt nicht den Wunsch der Mehrheit aus

Wenn sich die Wahlmöglichkeit auf zwei Alternativen beschränken muss, ist die Vorgabe dieser Alternativen für den Entscheid wesentlich wichtiger als die Meinung der Abstimmenden. Wenn bei einem Entscheid zwischen »Pest und Cholera« etwa die Cholera gewählt wird, dann sicher nicht, weil die Mehrheit der Gruppe sich »Cholera« wünscht, sondern weil die Auswahlmöglichkeiten zu beschränkt gewesen sind.

Außerdem kann man sofort die große Manipulationsgefahr ableiten, die durch die Abhängigkeit von der Fragestellung gegeben ist, wenn nur ein Vorschlag vorliegt und sich die

Antwortmöglichkeiten auf „Ja“ oder „Nein“ bzw. auf „Entweder“ oder „Oder“ beschränken. Was halten Sie etwa von folgenden Fragestellungen:

- „Sollen wir ein neues Sportstadion bauen und es auf den Namen des amtierenden Bürgermeisters benennen?“ Was ist, wenn Sie für das Sportstadion sind, aber gegen den amtierenden Bürgermeister?
- „Sollen wir die Pfarrkirche renovieren und das anschließende Waldgrundstück neu aufforsten?“ Was ist, wenn Sie die Pfarrkirche gerne renoviert sehen, aber das anschließende Waldgrundstück lieber in einen Park umwandeln würden?
- Oder die Fragestellung der österreichischen Volksbefragung 2013, eine Entweder-Oder-Frage mit den beiden Möglichkeiten: „Sind Sie für die Einführung eines Berufsheeres und eines bezahlten freiwilligen Sozialjahres?“ oder „Sind Sie für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes?“ Der Oder-Teil war eine Beschreibung des Status Quo. Wie stimmen Sie ab, wenn Sie zwar den Status Quo ablehnen, aber nicht die angebotene Alternative wünschen?

In meinen Augen sind derartige Fragestellungen ein Missbrauch der Wählenden, die dadurch gezwungen sind, ihre differenzierten Einstellungen zu verraten.

Das Mehrheitsprinzip verhindert befriedigende Basisdemokratie

Die durchschnittliche Wahlbeteiligung in der Schweiz die geringste in ganz Europa. Dafür kann es mehrere Gründe geben. Zum Beispiel, weil kein Volk in Europa so oft zu allgemeinen Wahlen gebeten wird als wir die Schweizer. Aber ich glaube, es gibt zumindest einen noch triftigeren Grund: Basisdemokratie, welche auf dem Mehrheitsprinzip beruht, muss unbefriedigend sein.

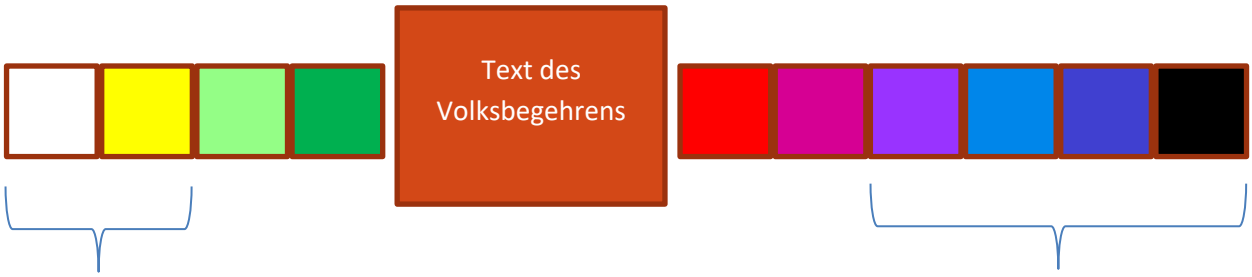
Ich möchte diese Aussage nun untermauern. Die beiden wichtigsten Instrumente der Basisdemokratie sind „Volksbefragungen“ und „Volksbegehren“. Wir beginnen mit Volksbefragungen. Wir haben gerade erkannt, dass eine Volksbefragung durch Mehrheitsprinzip nicht den Wunsch der Mehrheit und damit noch weniger den Wunsch des Volkes im Allgemeinen wiedergibt. Ich glaube, es ist für jeden nachvollziehbar, dass es unbefriedigend ist, wenn man immer wieder an Abstimmungen teilnehmen und dabei feststellen muss, dass man seine Stimme eine Alternative geben muss, die den eigenen Wünschen nicht wirklich entspricht.

Dasselbe gilt für Volksbegehren. Schon der Name ist eigentlich eine Irreführung. Denn es ist nicht das Volk, das begehrt. Es sind potente Organisationen nötig, die einen entsprechenden Text ausarbeiten und für medienwirksame Verbreitung sorgen. Ohne diese ist jedes Volksbegehren zum Scheitern verurteilt.

Aber nehmen wir nun einmal an, der Text des Volksbegehrens würde vorliegen:

Abb. 9

Dann gilt wieder: Die Meinung des Volkes ist vielfältig und auf ein ganzes Spektrum verteilt (Abb. 10). Was machen aber jene mehr als 50 % der Bevölkerung, deren Meinung sich im



Jene mehr als 50 % der Bevölkerung, deren Meinung sich im Spektrum über den beiden geschwungenen Klammern befindet, verraten sich selbst, wenn sie das Volksbegehren unterschreiben – selbst wenn sie ein Volksbegehren zur aktuellen Thematik als wichtig empfinden

Abb. 10

Spektrum über den beiden geschwungenen Klammern befindet? Wenn sie sich für den Text des Volksbegehrens entscheiden müssen, hängen auch sie beinahe buchstäblich in der Luft (Abb. 11): Für sie kann die Unterzeichnung nur unbefriedigend sein. Und zwar auch dann, wenn

… können sich im Text des Volksbegehrens nicht wieder finden.

Abb. 11

sie das prinzipielle Anliegen, eine existierende unbefriedigende Situation zu verändern, mit den „Volksbegehrenden“ teilen.

Und wieder ist es hier wie oben offensichtlich: Instrumente, deren Nutzung unbefriedigend ist, hinterlassen Unzufriedenheit und werden daher nur widerwillig genutzt.

Das Mehrheitsprinzip täuscht Wähler und Gewählte

Wir sind gewohnt das Resultat der Mehrheitsabstimmung als »Willen der Mehrheit« zu interpretieren. Wir haben bereits gesehen, dass die Art der Fragestellung von weit größerer Bedeutung ist, als die Meinung der Beteiligten. Zusätzlich machen wir in unseren Seminaren

immer wieder eine Umfrage. Und zwar bitten wir unsere Teilnehmer, zu folgender Aussage Stellung zu nehmen: "Bei der letzten politischen Wahl, bei der ich gültig gewählt habe, habe ich die Partei bzw. Liste meiner Wahl gewählt, weil…" Die Befragten können sich dann unter sechs Antwortmöglichkeiten entscheiden:

A. weil ich mir gewünscht hatte, von dieser Partei vertreten zu werden
B. weil mich die Kandidaten oder der Wahlkampf dieser Partei besonders angesprochen haben
C. weil ich ein persönliches Nahverhältnis zu dieser Partei hatte
D. aus Tradition
E. weil sie für mich das geringste Übel unter den wählbaren Parteien war
F. aus anderen Gründen

Zwischen 50 % und 70 % unserer Teilnehmer kreuzen dabei Möglichkeit E an[3]. Das heißt, sie halten die Partei, die sie gewählt haben zwar für das geringste, aber doch für ein Übel.

Die Politik interpretiert das Ergebnis als vorbehaltslose (also 100 %-ige) Zustimmung der Wähler für die gewählte Partei. Die Machtverhältnisse in der Demokratie werden davon abgeleitet. Die tatsächliche Zustimmung – also die Zahl der Teilnehmer an unserer Umfrage, die „A“ als Grund für ihr Wahlverhalten angegeben hatte – lag bei unseren Umfragen in „durchschnittlichen“ Gruppen zwischen 10 % und 30 %, in politikkritischen Gruppen unter 5 %. Selbst wenn die Ergebnisse in unseren Gruppen nicht repräsentativ sein sollten, zeigen sie doch ganz deutlich, dass diese unkritische Interpretation der Wahlergebnisse *falsch* ist. *Der Ausgang einer demokratischen Wahl nach dem Mehrheitsprinzip ist Betrug an beiden, den Gewählten und den Wählenden. An den Gewählten, weil sie den Eindruck erhalten, dass sie und ihre Arbeit von der Bevölkerung gutgeheißen werden, und an den Wählenden, weil sie Vertreter erhalten, die sie nicht wirklich für gut befinden.*

Das Mehrheitsprinzip ist ein logisch sinnloses Verfahren

Begleiten Sie mich bitte auf einem kleinen Gedankenexperiment: schätzen Sie bitte den Stuhl in Abb. 12. Wenn ich nicht genau sage, was Sie schätzen sollen, schätzen die einen vielleicht das Alter, die anderen den Wert und die Dritten das Gewicht. Wenn ich dann alle Zahlen zu einer einzigen Summe zusammen zähle, erhalte ich ein sinnloses Resultat – oder? Schließlich haben die Zahlen völlig unterschiedliche Bedeutung.

Nun, wie die oben zitierten Umfragen gezeigt haben, passiert dasselbe bei politischen Wahlen. Das Kreuz eines Teils der Wähler drückt einen *Wunsch* aus. Das Kreuz eines anderen Teils drückt minimale *Ablehnung* aus. Die Kreuze stehen also für unterschiedliche Aussagen, sie haben unterschiedliche Bedeutung. Daher ist es *logischer Unsinn*, sie einfach zusammen zu zählen.

[3] In einer politikkritischen Gruppe waren es einmal sogar 90 %. Beachten Sie bitte: das waren nicht Wahlverweigerer, sondern Wähler, die wirklich gewählt hatten!

Wir können versuchen, die Logik der Mehrheitswahl zu retten, indem wir dem Kreuz der Abstimmenden eine eindeutige Bedeutung geben. „Ich ziehe die angekreuzte Alternative allen anderen vor“ erfüllt diese Bedingung. Damit wird aber auch das Ausmaß der Information deutlich, welches in einer Mehrheitsabstimmung enthalten ist: Man erfährt, wie groß die Teilgruppen sind, die jeweils denselben Vorschlag präferieren. Was man nicht erfährt ist, wie die Gruppe als Gesamtes zu den einzelnen Vorschlägen steht. Dies kann nur – wie bereits weiter oben festgestellt – bei zweiwertigen Fragestellungen logisch korrekt aus dem Abstimmungsergebnis abgeleitet werden. In allen anderen Fällen ist jeder Schluss auf die Einstellung der Gesamtgruppe ein reiner Willkürakt.

Was ist zu schätzen?

Abb. 12

Das Verständnis der Politik orientiert sich ohnehin nicht an diesem Rettungsversuch. Ich zitiere dazu die Wahl des deutschen Bundespräsidenten im Jahre 2010. Die Kandidaten waren Gauck als Kandidat der SPD und Wulff. Wulff, der Kandidat der CDU wurde gewählt. Er wurde gewählt, weil die „Linke“ für ihre Anhänger die Empfehlung herausgegeben hatte, der Wahl fernzubleiben oder ungültig zu wählen. Diese Empfehlung hatte folgende Überlegung zur Grundlage: Gauck wäre zwar politisch näher an der Ideologie der Linken als Wulff (Gauck wäre also der „Lieber-als-Kandidat“, das geringere Übel gewesen), aber er war dennoch zu weit weg, um wirklich wählbar zu sein. Die Linke hat damit klar ausgedrückt, dass die Interpretation des Kreuzes durch „ziehe vor“ für sie nicht tragbar war.

Und außerdem: Wenn man diesen Rettungsversuch annimmt und gleichzeitig die Resultate unserer oben zitierten Umfrage bedenkt, erkennt man damit allerdings an, dass man mit dem Mehrheitsprinzip möglicherweise nur das kleinere von zwei Übeln bestimmt. Nur: Können Sie sich vorstellen, dass es das Ziel eines Volks*begehrens* ist, ein „Übel“ durchzusetzen? Also ein Volk, das ein „Übel“ *begehrt*? Können Sie sich einen Kandidaten vorstellen, dessen Ziel es ist, als „Übel“ gewählt zu werden?

Die Mehrheitsabstimmung ist ohne Aussagekraft über die Gruppenstimmung

Ich möchte die oben gemachten Aussagen verdeutlichen. Betrachten wir dazu eine Mehrheitsabstimmung über vier Vorschläge: das Resultat sehen wir in Abb. 13. Wir nehmen nun an, dass Vorschlag B durch eine große Anzahl von Protestwählern

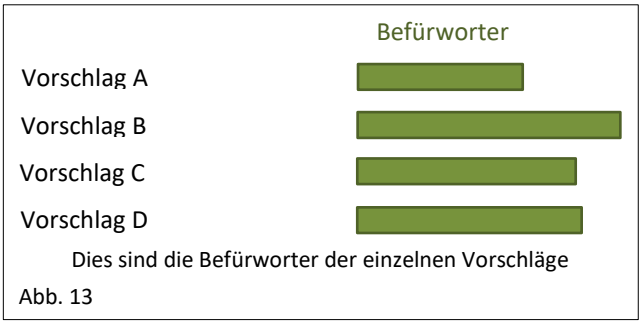


Abb. 13

gewählt worden ist. Ich beziehe mich jetzt wieder auf die oben zitierte Umfrage über die Motive der Wähler bei politischen Wahlen. Für die Protestwähler ist auch Vorschlag B kein guter Vorschlag: Sie halten alle Vorschläge für schlecht, aber Vorschlag B ist für sie das geringste Übel unter den angebotenen. Sie haben ihn daher gewählt, um zu verhindern, dass einer der anderen Vorschläge angenommen wird. Ihren Anteil am Balken B bezeichnen wir in Grafik Abb. 14 mit »geringstes Übel«. Die anderen Vorschläge werden von ihnen offensichtlich als noch schlechter empfunden.

In Abb. 15 ist die Ablehnung der einzelnen Vorschläge eingetragen. Die Ablehnung der Wähler, welche alle Vorschläge ablehnen und nur Vorschlag B als „geringstes Übel“ gewählt haben, haben wir daher bei anderen Vorschlägen durch die roten Balken mit »alle schlecht« wiedergegeben.

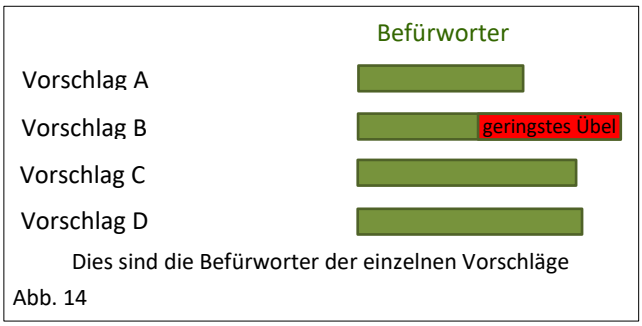


Abb. 14

Nun nehmen wir des Weiteren an, dass Vorschlag B ein stark polarisierender Vorschlag ist, sodass er von sämtlichen Wählern der anderen Vorschläge abgelehnt wird. Das ergibt die roten Ablehnungsbalken „Wähler von A“, „Wähler von C“ und „Wähler von D“ bei Vorschlag B in Abb. 15.

Der Einfachheit halber nehmen wir außerdem an, dass weitere Ablehnungen nicht vorhanden sind. Dann zeigt Abb. 15 die tatsächliche Einstellung der Wähler zu den angebotenen

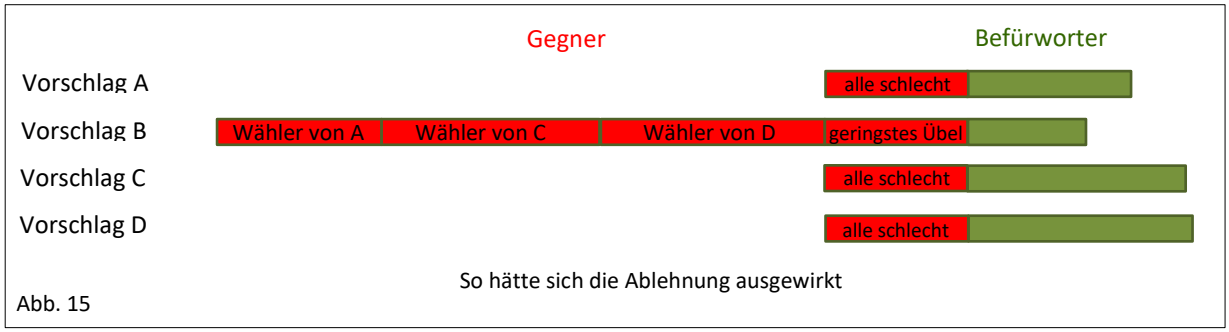


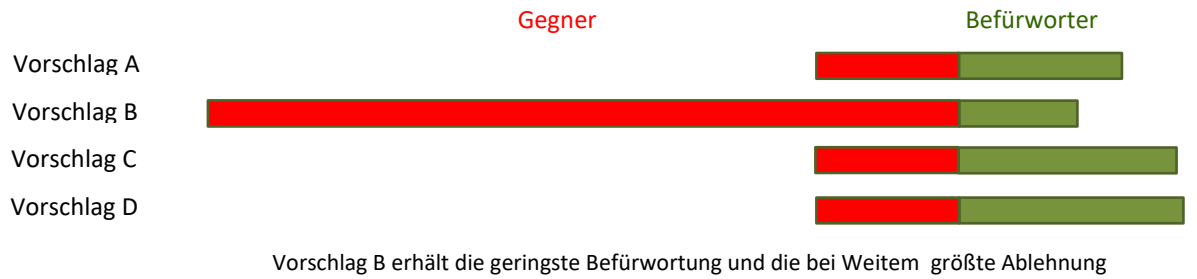
Abb. 15

Vorschlägen.

Aus Abb. 15 entfernen wir nun noch die Beschriftungen und unterschiedlichen Bedeutungen der Ablehnungen und erhalten dadurch Abb. 16. Wie wir dort sehen, hat Vorschlag B, der Gewinner der Mehrheitsabstimmung, nicht nur die wenigsten wirklichen Befürworter, sondern er erfährt

auch die bei weitem größte Ablehnung. Jeder andere Vorschlag hätte dem Gruppenwillen besser entsprochen als Vorschlag B.

Wenn wir die reine Mehrheitsabstimmung betrachten (Abb. 13), so können wir ihr keinerlei Auskunft über die Ablehnung der einzelnen Vorschläge entnehmen. Wir haben keine Information über die Existenz oder Größe der roten Balken in den beiden Abbildungen Abb. 15 und Abb. 16. In anderen Worten: Weder die wirkliche Zustimmung (die Länge des grünen Balkens) noch die Ablehnung (roter Balken) von Vorschlag B in Abb. 16 geht aus dem Resultat



Vorschlag B erhält die geringste Befürwortung und die bei Weitem größte Ablehnung

Abb. 16

der reinen Mehrheitsabstimmung hervor.

Was wir hier für Vorschlag B gezeigt haben, gilt natürlich auch für alle anderen Vorschläge: *nicht einmal die Größe der Zustimmung* wird durch das Resultat der Mehrheitsabstimmung richtig wiedergegeben.

Wir fassen zusammen: die Ausgangsverteilung der Zustimmung wie in Abb. 13 gibt weder über die in der Gruppe vorhandene Zustimmung noch über deren Ablehnung korrekte Auskunft: Das Resultat der Mehrheitsabstimmung über mehrere Vorschläge hat keinerlei Aussagekraft über den Gruppenwillen.

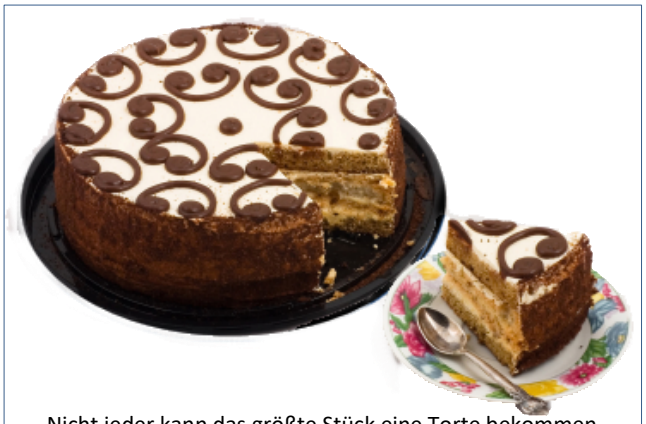
2. Das Mehrheitsprinzip fördert den Konflikt

Es war Ende der Siebzigerjahre des vorigen Jahrhunderts. Das Schulsystem hatte noch immer autoritäre Züge und war in mehrfacher Hinsicht mangelhaft. Daher beschlossen wir – Ruth, meine Frau, und ich – mit einer Reihe befreundeter Eltern, eine Alternativschule unter Elternselbstverwaltung zu gründen. Ziel dieser Schule war angstfreie Erziehung.

Jeden Freitagabend gab es Verwaltungssitzungen der beteiligten Eltern. Dabei wurde alles besprochen, was für die Schule gerade aktuell war. Angefangen von der Auswahl der Lehrer, über die Lehrpläne bis hin zu den Putzdiensten. Es ist kaum vorstellbar, wie viel bei diesen Verwaltungssitzungen trotz aller Freundschaft gestritten worden ist. Wir sind immer völlig aufgewühlt nachhause gekommen, haben bis drei Uhr früh nicht geschlafen und dann den halben Samstagvormittag damit verbracht, die anderen Eltern anzurufen, um uns wieder zu versöhnen. Ich habe damals nicht wirklich verstanden, warum ich mit Menschen, mit denen ich mich jahrzehntelang gut vertragen hatte, plötzlich ständig stritt.

Eine Stimme für eine Alternative wirkt wie eine Stimme gegen alle anderen

Der Grund für unser Streiten war wieder eine Schwäche der Mehrheitsabstimmung. Wie wir alle wissen, kann jeder dabei nur eine einzige Stimme abgeben. Da die Zahl dieser Stimmen durch die Anzahl der Wähler beschränkt ist, ist jede einzelne Stimme natürlich ein begehrtes Gut. Es ist dabei wie bei einer Torte, von der jeder das größte Stück haben möchte. Auch von ihr ist nicht unbeschränkt viel vorhanden. Was immer jemand für sich selbst erringen kann, geht dem anderen, der es auch gerne haben möchte, ab.



Nicht jeder kann das größte Stück eine Torte bekommen. Wenn das das Ziel von allen ist, ist die Chance groß, dass dadurch Konflikte entstehen,

Abb. 17

So ist es auch beim Mehrheitsprinzip. Jede Stimme, die für einen Vorschlag abgegeben wird, steht für die anderen Vorschläge nicht mehr zur Verfügung, geht allen anderen ab. In gewisser Hinsicht, wird sie den anderen weggenommen. Oder anders ausgedrückt: Eine Stimme für einen Vorschlag schwächt die Chancen aller anderen, sie wirkt gleichzeitig wie eine Stimme gegen alle anderen.

Dies ist uns durchaus bewusst. Wir wissen, wenn wir Kandidat A nicht als Präsident haben wollen, müssen wir einen anderen wählen. Wenn auch immer wir wählen, die Chancen von Kandidat A, Präsident zu werden, sinken dadurch.

Wenn es nun um ein Thema geht, bei welchem man einen eindeutigen Standpunkt, eine klare Wunschlösung vertritt, dann folgt aus der obigen Aussage sofort: »Bei Abstimmungen nach dem Mehrheitsprinzip gilt für engagierte Teilnehmer: Wer nicht für mich ist, ist gegen mich«.

Und schließlich: Wenn es um wirklich vitale Interessen der Abstimmenden geht, folgt aus dem »Wer nicht für mich ist, ist gegen mich« des Mehrheitsprinzips beinahe unmittelbar: Wer nicht mein Freund ist, ist mein Feind.

Wenn über vitale Interessen mithilfe des Mehrheitsprinzips entschieden wird, gibt es also nur Mitstreiter oder Gegner, wenig dazwischen: Das Mehrheitsprinzip spaltet Gruppen meist in streng getrennte Lager.

Deswegen haben wir in unseren Verwaltungssitzungen der Alternativschule ständig gestritten. Und deswegen ist auch der Parteienstreit in der Demokratie unvermeidbar, solange Entscheidungen mithilfe des Mehrheitsprinzips getroffen werden. Er ist weitgehend das Resultat des Mehrheitsprinzips und seiner Schwarz-Weiß-Zeichnung, welche keine Schattierungen erlaubt und Teilübereinstimmungen unsichtbar macht. Man kann den Antrag des politisch anders Denkenden nur entweder unterstützen oder ablehnen. Nun wäre »unterstützen« aber fast politischer Selbstmord für eine Partei. Wäre die unterstützte Partei mit ihrem Antrag dadurch erfolgreich, wäre sie strahlender Sieger, während die unterstützende im Schatten stünde und vielleicht sogar mit dem Ruf leben müsste, keine eigenen Ideen beigetragen zu haben. Gemeinsamkeiten mit dem politischen Gegner sind unter diesen Umständen kaum möglich. Der Parteienstreit prägt das politische Leben im Alltag bildfüllend. Das Mehrheitsprinzip spitzt den Konflikt zu.

Das Mehrheitsprinzip erzeugt ein verzerrtes Bild der Wirklichkeit

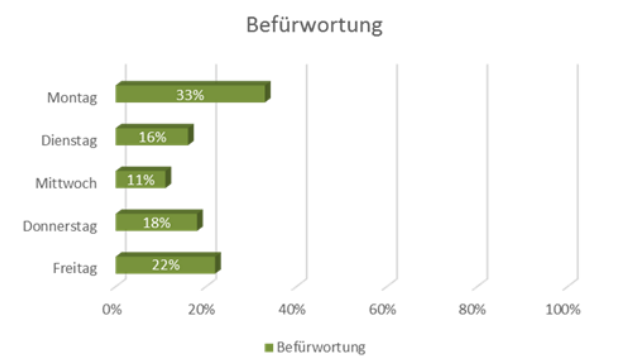
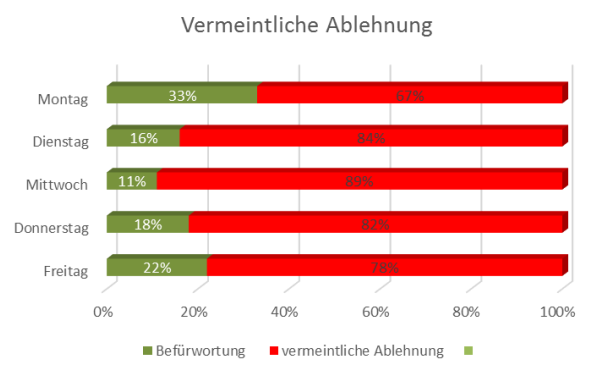


Abb. 18 33% der Mitglieder hatten dem Montag den Vorzug gegeben

Betrachten wir nochmals unseren Turnverein, der einen Wochentag für eine neue Übungseinheit festlegen wollte. Wir hatten folgendes Abstimmungsergebnis (Abb. 18).

Wir haben aber festgestellt: »Beim Mehrheitsprinzip wirkt jede Stimme für eine Alternative gleichzeitig wie eine Stimme gegen alle anderen«. Wir können also für jeden Tag die vermeintlichen "Gegner laut Mehrheitsprinzip" als (100 % minus Befürworter) berechnen. Die roten Teile der Balken in der

Grafik Abb. 19 sind die vermeintlichen Gegnerschaften, die nur durch das Mehrheitsprinzip erzeugt werden.

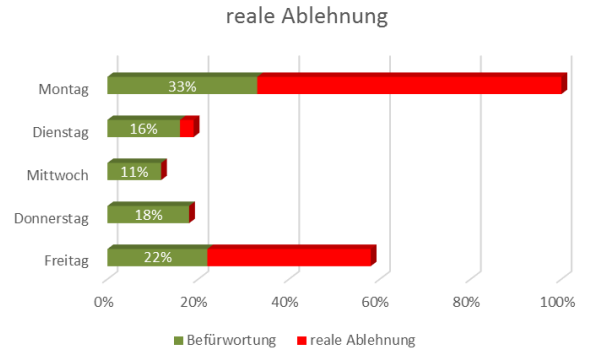


Die roten Balken stellen die vermeintlichen Gegnerschaften dar, die durch das Mehrheitsprinzip erzeugt werden

Abb. 19

Im speziellen Fall können wir die realen Gegner aus der Tabelle Abb. 3 entnehmen. Wir haben sie in Abb. 20 genauso als Balkendiagramm dargestellt, wie die vermeintlichen in Abb. 19.

Wenn man nun die beiden Abbildungen Abb. 19 und Abb. 20 vergleicht, so fällt rein optisch sofort auf, wie viel kürzer die roten Balken in Abb. 20 im Allgemeinen sind. Wenn man besonders den Mittwoch betrachtet, so wird er von keiner einzigen Gruppe abgelehnt. Laut Mehrheitsabstimmung konnte man jedoch den Eindruck erhalten, 89 % der Turner wären gegen den Mittwoch.



Die reale Ablehnung beträgt nur einen Bruchteil der vermeintlichen, wie sie durch die Mehrheitsabstimmung erzeugt wird (s. Abb. 19)

Abb. 20

Wir erkennen: Das traditionelle Mehrheitsprinzip erzeugt ein verzerrtes Bild der Wirklichkeit. Es erweckt den Eindruck von Gegnerschaften, die in diesem Ausmaß nicht existieren. Es untergräbt damit das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Gruppe. Denn die vom Mehrheitsprinzip erzeugten Gegner werden oft genug wirklich als solche empfunden und daher auch als solche behandelt.

Das ist ein weiterer Grund warum in den Verwaltungssitzungen der Alternativschule, von denen ich erzählt habe, und auch im Elternverein in der Schule meines Sohnes (darauf werde ich noch zurückkommen) so viel gestritten worden ist. Und auch der tägliche Parteienstreit in der demokratischen Politik wird dadurch verstärkt. Man erkennt, wie ungünstig das Mehrheitsprinzip die Beziehungen der Menschen beeinflusst. Ich möchte das auch durch die Fachworte der Demokratie untermauern: Wahlkampf, Wahlsieger, Wahlverlierer, Abstimmungsniederlage, Wahlkampfmunition, Siegesfeier usw. Sie alle entstammen dem Militärjargon: Das Mehrheitsprinzip ist ein konflikterzeugendes Prinzip.

Das Mehrheitsprinzip erzeugt Sieger und Besiegte

Ziel des Mehrheitsprinzips ist es, den Andersdenkenden zu überstimmen. Es ist wie in einer Gruppe, in der jeder den anderen überschreien will: Da ist kein Platz für Gemeinsamkeit, jeder ist jedermanns Gegner - wer nicht mein Freund ist, ist mein Feind.

Beim Mehrheitsprinzip will jeder den Andersdenkenden überstimmen. Es ist wie wenn jeder jeden überschreien
Abb. 21

Und wenn der „Feind“ als „Sieger“ aus der Abstimmung hervorgeht, dann ist es nur natürlich, dass sich der „Besiegte“ genauso fühlt: als unterlegener Besiegter. Vor allem dann, wenn dadurch vitale Interessen des Besiegten zu kurz kommen.

Der Unterlegene ist ein entrechteter Besiegter. Denn: „Die Achtung vor einem Menschen zeigt sich in der Achtung vor seinem Nein.“ Die „Achtung vor dem Nein“ heißt dabei nicht, es wie ein Veto anzuerkennen. Es heißt vielmehr, dass „Nein“ *angemessen* zu berücksichtigen. Wenn man den obigen Satz so versteht, können die meisten ihn ohne Schwierigkeiten mittragen. Das Mehrheitsprinzip jedoch gibt der Mehrheit das Recht, sich über das „Nein“ der Unterlegenen – eventuell sogar mit einer Siegesfeier – ohne weitere Rücksichtnahme hinwegzusetzen. Es gibt ihr das Recht, dem Unterlegenen die ihm zustehende Achtung zu verweigern. Falls der Unterlegene gezwungen ist, den Mehrheitsbeschluss anzuerkennen, muss er diese Nichtachtung protestlos hinnehmen: wie ein entrechteter Besiegter.

Das Mehrheitsprinzip ist ein Machtinstrument: gefährlich und wider jede Nachhaltigkeit. Es leistet keinen Beitrag zur Lösungssuche.

Mithilfe des Mehrheitsprinzips kann die Minderheit gezwungen werden, ihr „Nein“ hintanzustellen und sich dem Willen der Mehrheit zu fügen. Mithilfe des Mehrheitsprinzips kann die Mehrheit Macht über die Minderheit ausüben. In den Händen der Mehrheit ist das Mehrheitsprinzip ein klares Machtinstrument.

Und wie jedes Machtinstrument ist es gefährlich. Die ständig kursierende Angst vor dem „Diktat der Mehrheit“, die berechtigte Angst vor Populismus und der Macht der Populisten sowie die bange Frage „Hat die Mehrheit immer Recht?“ zeugen davon. Populismus ist weitgehend ein Produkt des Mehrheitsprinzips.

Zusätzlich wird es bei genauerer Analyse deutlich, dass Mehrheitsabstimmungen Probleme nur scheinbar lösen. Bei Sachfragen ist dies offensichtlich. Das Resultat der Aufgabe

„Wieviel ist 2 × 2?“ ist durch die sachlichen Bedingungen vorgegeben und nicht von der Meinung einer Mehrheit abhängig (eine Mehrheitsabstimmung würde wahrscheinlich das richtige Resultat ergeben, aber nicht die Aufgabe würde dadurch gelöst, sondern das Wissen der Abstimmenden getestet). Aber auch gesellschaftliche Fragen werden nur scheinbar gelöst. Die „Lösung“ des Mehrheitsprinzips besteht schließlich nur darin, dass man einem Teil der Betroffenen untersagt, ihrer Meinung entsprechend zu leben oder zu handeln, während der andere Teil dieses Recht er- oder behält. Die Lösung besteht ausschließlich in der Bevorzugung eines Teils der Betroffenen. Dass durch diese Bevorzugung Probleme nicht nachhaltig gelöst werden, kann man wahrscheinlich intuitiv nachvollziehen. In der Politik wird dies sichtbar, wenn Maßnahmen, die in eine Regierungsperiode getroffen wurden, oftmals bereits in der nächsten rückgängig gemacht und durch geradezu entgegengesetzte Maßnahmen ersetzt werden.

3. Das Mehrheitsprinzip produziert die „erstbeste Lösung“

Stellen Sie sich einen unserer vielen Vereine vor. Vollversammlung. Der Präsident führt den Vorsitz. Auf der Tagesordnung steht ein Problem von gewisser Bedeutung. Es wird erregt diskutiert. Dann formuliert jemand einen Lösungsantrag. Da Entscheidungen laut Vereinsstatuten mithilfe des Mehrheitsprinzips gefällt werden, fragt der Präsident: "Wer ist für den Antrag?" 46 % der Anwesenden heben die Hände. "Wer ist gegen den Antrag?" 38 % der Anwesenden heben die Hände. "Gegenprobe: Stimmenthaltungen?" 16 % der Anwesenden zeigen auf.

Der Präsident erklärt den Antrag als angenommen. Der Antragsteller ist zufrieden.

Sie meinen, der Vorgang wäre unüblich, man hätte weiter diskutieren und weitere Vorschläge entwickeln müssen, bis ein Antrag auf Ende der Diskussion den Beginn der Abstimmungen einleitet? Nun, ich weiß nicht, welches Vorgehen das üblichere ist. Die Erfahrung lehrt das Dilemma der Mehrheitsabstimmung, welches wir beschrieben haben, wenn man mehrere Vorschläge entwickeln lässt, bevor man abstimmt. Man nimmt dann entweder die unbefriedigende Dominanz einer relativen Mehrheit in Kauf, oder man entscheidet für den ersten Vorschlag, für den die Anzahl der Befürworter jene der Ablehner übersteigt. Und riskiert dabei, dass kein Vorschlag dabei ist, der diese Bedingung erfüllt (die Abstimmung der Studenten über die Uhrzeit des täglichen Plenums war so ein Fall; siehe »Das Mehrheitsprinzip versagt in banalen Fällen«).

Also vielleicht doch lieber so, wie anfangs geschildert? Dann aber ist – im wahrsten Sinne des Wortes – der erstbeste Antrag angenommen worden. Niemand wird je herausfinden, ob es andere, wesentlich bessere Lösungen für das Problem gegeben hätte. Denn sollte jetzt jemand weiter diskutieren wollen, wird der Präsident erklären, dass der Tagesordnungspunkt mit der Annahme des Antrags erledigt ist. Er muss so handeln - der erfolgreiche Antragsteller würde sonst empört auf die Statuten verweisen.

Beobachtung: Entscheidungen, die mittels Mehrheitsabstimmung gefällt werden, sind oft Schnellschüsse und lassen eine gründliche Durchleuchtung der anstehenden Problematik vermissen.

Dass diese Schnellschüsse zulasten der Qualität der Entscheidungen gehen, leuchtet ein.

Das Mehrheitsprinzip verhindert eine streitfreie Diskussionskultur
Es war die Hauptversammlung des Elternvereins an der Schule meiner Söhne. Viele Eltern waren dort, es gab eine heftige Diskussion und die Wogen gingen hoch. Als Gast war auch der Schuldirektor anwesend. Irgendwann stand er auf und erklärte, dass er sich diesen Kindergartenverein nicht länger antun wolle, und ging.

Betretenheit im Saal.

Ich erinnere mich nicht mehr an das spezielle Problem. Aber ich kann Ihnen den Vorgang aus der Sicht des Systemanalytikers schildern. Bzw. aus der Sicht von Jasmins Vater. Er lauscht den Diskussionsrednern. Einer von ihnen äußert gerade eine Ansicht, die Jasmins Vaters überhaupt nicht teilt. Kann der Vater schweigen?

Kann er nicht. Er muss sich vehement zu Wort melden. Denn tut er dies nicht, läuft er Gefahr, dass die Diskussion beendet wird und ein Antrag, der die Position des Redners enthält – wie im vorigen Kapitel ausgeführt – als „Schnellschuss“ angenommen wird bevor der Vater zu Wort gekommen ist. Dann steht er mit seinen Ansichten im Regen. Und seien sie noch so gut und fundiert und könnte er sie noch so gut und überzeugend vortragen. Also tut er was er muss: er meldet sich vehement zu Wort.

Und tatsächlich, der Vater kann seine Ansichten wirklich gut und überzeugend vorbringen. Kann nun der frühere Redner schweigen? Natürlich nicht. Aus denselben Gründen wie der Vater muss er nun alles tun, die Argumente des Vaters zu widerlegen. Und zwar bevor der Vater einen Antrag daraus macht.

Nun ist wieder der Vater an der Reihe zu kritisieren. Und so kritisiert ein Kritiker den andern. Es entwickeln sich richtige Kritikerkriege, keiner kann sich kampflos geschlagen geben. Die Wogen gehen höher, der "Kindergartenverein" streitet.

"Eine Diskussion ist eine Serie von Monologen, die einander wechselseitig störend unterbrechen" um Charles Tschopp[4] zu zitieren.

Beobachtung: Das traditionelle Mehrheitsprinzip fördert Kritikerkriege. Diese sind nicht Ausdruck einer mangelnden Diskussionskultur, sondern Folge eines Entscheidungsverfahrens, welches zu Machtkämpfen und Schnellschüssen führt.

[4] Schweizer Schriftsteller und Aphorismen-Autor

Das traditionelle Mehrheitsprinzip hilft nicht bei der Lösungssuche

Jetzt brauchen wir nur eins und eins zusammen zu zählen. Das Mehrheitsprinzip produziert Kritikerkriege und Schnellschüsse.

- Die Schnellschüsse verhindern eine gründliche Durchleuchtung des Problems: was bei der Suche nach einer qualitativ hochwertigen Lösung nicht hilfreich ist
- Bei den Kritikerkriegen versucht sich jeder so gut als möglich durchzusetzen. Es schmeckt nach Niederlage, wenn man sich den Argumenten des anderen beugen muss. Sturheit ist angesagt: was auch nicht gerade hilfreich bei der Suche nach einer qualitativ hochwertigen Lösung sein kann
- und wenn bei ursprünglichen Meinungsverschiedenheiten unter den Beteiligten schließlich ein mehrheitsfähiger Kompromiss gefunden wird, so ist er zumeist das Produkt von langwierigen Verhandlungen, in welchen die eigentliche Arbeit geleistet wird. Die finale Abstimmung leistet zu dieser Arbeit keinen Beitrag, sondern bestätigt nur das Ergebnis.

Das Mehrheitsprinzip leistet meist keinen Beitrag bei der Suche nach einer qualitativ hochwertigen Lösung, es ist dafür eher hinderlich.

4. **Das Mehrheitsprinzip verletzt bekannte wissenschaftliche Kriterien**
Im absolutistisch regierten Europa war das Problem von Gruppenentscheidungen kein Problem. Durch die in der Führungselite vorhandenen Machtstrukturen war klar, wer entscheidungsberechtigt war – und wenn es nicht klar war, dann führte man eben Krieg oder versuchte auf andere Weise den Machtkampf für sich zu entscheiden (Gift zum Beispiel war ein bewährtes Mittel, um unliebsame Konkurrenten auszuschalten). Ich gebe zu, ich vereinfache hier. Aber wussten Sie, dass das Recht des Fürsten, einen Eroberungskrieg zu führen, das »ius ad bellum« bis 1928 – also bis vor weniger als 100 Jahren – weitgehend anerkanntes Recht war?)

Erst durch die Französische Revolution und die durch sie proklamierte Gleichheit der Bürger ist das Thema »Entscheidung unter Gleichwertigen« in Europa akut geworden. Daher stammen die ersten Überlegungen dazu aus dieser Zeit und sie kommen aus Frankreich. Von Marquis de Condorcet (1743 – 1794) und Jean Charles Chevalier de Borda (1733 - 1799) zum Beispiel stammen Verfahren, die auch heute noch in Verwendung sind. Wenn Sie zum Beispiel den Eurovision Song Contest verfolgen, so interessiert es Sie vielleicht, dass das Verfahren mit dem die Reihung der Songs ermittelt wird – indem man die Punkte zusammenzählt, die jeder Song in den einzelnen Ländern erhalten hat – als »Borda-Wahl« bezeichnet wird, weil sie von Chevalier de Borda erfunden wurde.

Seit dieser Zeit gibt es die schon erwähnte Wissenschaft, die sich mit Gruppenentscheidungsverfahren beschäftigt, die »Theorie kollektiver Entscheidungen«. Sie hat nicht nur eine ganze Reihe von Entscheidungsverfahren, sondern auch Kriterien entwickelt, denen ein „gutes“ Entscheidungsverfahren genügen muss. Eines davon ist das »Kriterium der Unabhängigkeit von irrelevanten Alternativen«. Ich greife es deshalb hier heraus, weil es vom Mehrheitsprinzip verletzt wird und diese Unzulänglichkeit des Mehrheitsprinzips die Geschichte geformt hat.

Das »Kriterium der Unabhängigkeit von irrelevanten Alternativen« lautet: „Die Rangordnung zweier Alternativen ist unabhängig von weiteren Alternativen und deren Bewertung.“ Anders ausgedrückt, wenn eine Gruppe findet, dass Alternative A besser sei als Alternative B, dann sollte das Entscheidungsverfahren diese Tatsache ausdrücken, unabhängig ob es keine, eine oder mehrere weitere Alternativen gibt und wie diese bewertet werden. Klingt vernünftig, oder?

Nun, beim Mehrheitsprinzip gilt das nicht. Ich beweise Ihnen das am Beispiel der Wahl von George W. Bush zum amerikanischen Präsidenten im Jahre 2000. Es bewarben sich damals drei Kandidaten um das Präsidentenamt: George W. Bush für die Republikaner, Al Gore, der amtierende Vizepräsident, für die Demokraten und Ralph Nader für die amerikanische „Grüne Partei“. Der Wahlerfolg George W. Bush ist dann äußerst knapp gewesen. Im Bundesstaat

Florida hätten bereits 600 Stimmen zusätzlich für Al Gore gereicht, um diesem den Sieg zu sichern. Wer aber die amerikanische Szene einigermaßen kennt, weiß, dass die „Grüne Partei“ den Demokraten wesentlich näher steht als den Republikanern. Politische Analysten sind sich daher weitgehend einig, dass der Großteil der Wähler von Ralph Nader ins Lager von Al Gore gewandert wäre, falls Ralph Nader auf seine Kandidatur verzichtet hätte. Diese 600 zusätzlichen Stimmen hätte Al Gore also sicher gehabt, falls Ralph Nader nicht angetreten wäre. Damit wäre Al Gore im Jahr 2000 amerikanischer Präsident geworden.

Unabhängigkeit von irrelevanten Alternativen: Die Reihung der besten Alternativen ändert sich nicht, wenn schlechtere Alternativen hinzugefügt werden

Abb. 22

5. Die Lehren der Ökologie

In der Mitte des vorigen Jahrhunderts haben wir solche Autos gebaut (siehe Abb. 23). Es war uns noch nicht bewusst, dass wir in einer begrenzten Welt leben, in der man keinen Prozess isoliert betrachten kann. Wir wussten nicht, dass man bei jedem Prozess stets auch seine Einfügung in die Umwelt berücksichtigen muss.

Die Autos in der Mitte des vorigen Jahrhunderts waren rücksichtslose Umweltverschmutzer

Abb. 23

Wir wussten nicht, dass es bei einem Produktionsprozess nicht reicht, nur die gewünschten Auswirkungen zu betrachten, sondern dass man stets alle seine Auswirkungen beachten muss (Abb.24). Sonst riskiert man eine müllverseuchte Welt, in der die Lebensqualität zunehmend schwindet.

Bei einem Produktionsprozess muss man stets alle Produkte betrachten, nicht nur die gewünschten.

Abb. 24

In der Ökologie haben wir dies alles in der Zwischenzeit gelernt. Wir sollten dies auch im zwischenmenschlichen und im politischen Bereich lernen: Einseitig auf Befürwortung ausgerichtete Entscheidungsprozesse, die das „Nebenprodukt Ablehnung“ unbeachtet lassen, sind politische Umweltverschmutzung. Unsere konfliktverseuchte Welt ist das Ergebnis dieser kurzsichtigen Handlungsweise.

Widerstand,
der im System nicht geäußert werden kann,
wendet sich gegen das System